

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeber.	III
----------------------------------	-----

Inhaltsübersicht.	V
---------------------------	---

FRITZ REICHERT-FACILIDES, Innsbruck

Einführung in die Thematik »Internationales Verbraucherschutzrecht«

I. Vorbemerkung.	1
II. Begriffliches und Historisches zum Verbraucherschutz.	1
1. Begriffliches.	1
a) Verbraucher.	1
b) Zusatzmomente.	2
c) Entsprechungen: Verbraucher im weiteren Sinne.	2
2. Historisches.	3
III. Rechtspolitisches zum Verbraucherschutz.	4
1. Wertigkeitsfragen.	4
2. Schutz des Schwächeren.	4
a) Relativierungsbedürftigkeit.	4
b) Frühe Gesetzgebung.	5
c) Demokratiepoltische Aspekte.	5
IV. Privatrechtliches zum Verbraucherschutz.	5
1. Vorbemerkung.	5
2. Schutz des Schwächeren in verbraucherprivatrechtlicher Sicht.	6
a) Grundlage.	6
b) Negativ: Irrelevante Faktoren.	6
c) Positiv: Ausschlaggebende Elemente.	6
d) Vertrags- und Deliktsgerechtigkeit als legitimierende Zielsetzung besonderen Verbraucherprivatrechts.	7
3. Verhältnis zwingender Schutznormen zueinander.	7
4. Desiderien zur Rechtsentwicklung.	8

a) Berücksichtigung von Zielkonflikten.	8
b) Privatrechtliche statt öffentlichrechtlicher Remedien.	8
V Internationales Verbraucherschutzrecht als Gegenstand des Kolloquiums.	8

JÜRGEN BASEDOW, Augsburg

Materielle Rechtsangleichung und Kollisionsrecht

I. Gemeinschaftsrechtliche Kollisionsnormen und die Systematik des IPR.	11
II. Arten gemeinschaftsrechtlicher Kollisionsnormen.	13
III. Die Rechtsangleichung im Binnenmarktprogramm.	15
IV Das Kollisionsrecht im vollendeten Binnenmarkt.	20
V. Das Kollisionsrecht im unvollendeten Binnenmarkt.	22
VI. Kollisionsrechtliche Absicherung des Binnenmarkts gegenüber dritten Staaten.	27
VII. Fazit.	33

WULF-HENNING ROTH, Bonn

Zum Verhältnis von Art. 7 Abs. 2 und Art. 5 der Römer Schuldvertragskonvention

I. Einleitung.	35
1. Die Ausgangslage.	35
2. Paradigmawechsel.	36
II. Das Problem.	37
1. Die Positionen.	37
2. Teilregelung des Verbraucherschutzes.	38
III. Artikel 5 EVÜ.	39
1. Abschließende Regelung?.	39
2. Art. 5 EVÜ als Kompromiß.	40
IV. Artikel 7 EVÜ.	42
1. Beschränkung auf Eingriffsnormen?.	42
2. Reichweite und Funktionsweise des Art. 7 Abs. 2 EVÜ.	43
V Konkurrenzen.	48

VI. Zusammenfassung und Folgerungen.	49
1. Ergebnisse.	50
2. Folgerungen.	50

JOSEPH LEGERER, Innsbruck
Erster Diskussionsbericht

I. Erweiterung des EVÜ um eine Kollisionsnorm mit Absicherungsfunktion des Binnenmarktes gegenüber Drittstaaten.	53
II. Zum Verhältnis von Art. 5 und Art. 7 EVÜ.	55

ANTON K. SCHNYDER, Basel

Ausweichklausel und Verbraucherschutz - Herausforderung des
Schweizer Internationalprivatrechts

I. Festgefügte Verweisungsordnung des Schweizer IPR-Gesetzes ...	57
1. Allgemeines.	57
2. Materialisierung.	58
II. Schutz der Verbraucher durch spezifische Bestimmungen des IPRG (Beispiele).	59
1. Verbraucherverträge.	59
2. Deliktsrecht.	61
3. Gesellschaftsrecht.	63
4. Elastizität durch (weiteres) Anknüpfungsermessen.	63
III. Zur Ausweichklausel im Schweizer IPR-Gesetz	64
1. Verweisungsrechtliche Funktion von Art. 15.	64
2. Bisherige Rechtsprechung des Schweizer Bundesgerichts.	65
3. Korrektur einer Regelanknüpfung gestützt auf materiellrechtliche und materiale Überlegungen?.	67
a) Ein mögliches Beispiel	67
b) Stand der Diskussion.	68
c) Materiellrechtliche und materiale Überlegungen als ergänzende Anwendungskriterien.	69
IV Ergebnis.	72

CHRISTIAN V. BAR, Osnabrück

Wettbewerbsrechtlicher Verbraucherschutz und internationales Lauterkeitsrecht

I. Einleitung	75
II. Zur deliktskollisionsrechtlichen Anknüpfung im internationalen Lauterkeitsrecht	76
1. Abgrenzung zum allgemeinen Deliktskollisionsrecht	76
2. Konkretisierung des Marktbegriffs nach der neueren Rechtspre- chung	78
3. Ausnahmen von der Marktanknüpfung	78
4. Modifizierung der Marktanknüpfung oder allgemeine Ausweich- klausel?	79
III. Wettbewerbsrecht für Auslandssachverhalte	82
1. Deutsches Recht als Vertragsstatut	82
2. Ausländisches Vertragsstatut gewährt ein Widerrufsrecht	83
3. Ausländisches Vertragsstatut gewährt kein Widerrufsrecht	83
IV. Gemeinschaftsrechtliche Schranken des deutschen Wettbewerbs- rechts	85
V. Fazit	86

HELMUT HEISS, Innsbruck

Formvorschriften als Instrument europäischen Verbraucherschutzes

I. Zum Verbraucherschutz in Europa: Verbraucherpolitik, Verbrau- cherbild und Verbrauchervertragsrecht	87
1. Europäische Verbraucherpolitik: Ein Überblick	87
a) Marktöffnung und Verbraucherschutz	87
b) Verbraucherschutz als »Allgemeininteresse«	88
c) Verbraucherschutz als eigenständiger Politikbereich der EG	89
2. Das korrespondierende Verbraucherbild: Der mündige Verbraucher ..	90
3. Die Auswirkungen auf das Verbrauchervertragsrecht	90
II. Rückschlüsse für die Methodik dieses Beitrags	91
1. Institutionenlehre europäischen Verbrauchervertragsrechts	91
2. Die Institution der Form: Systematisierungsansätze	92
III. Die Erfassung der Form als europäisches Verbraucherschutz- instrument	93
1. Die Form als Helferin und Garantin europäischen Verbraucher- schutzes	93
a) Transparenzgebot	93

b) Übereilungsschutz	94
c) Effektivierung und Vereinfachung des Rechtsschutzes	95
2. Grenzen der Leistungsfähigkeit der Form als Verbraucherschutz- instrument	95
a) Keine Totalsubstitution zwingenden Vertragsrechts	95
b) Schutzzweckadäquate Sanktionierbarkeit	96
c) Überhandnehmen der Formalisierung	96
3. Systematische Erfassung der Formvorschriften des Richtlinienrechts . .	97
a) Abschlußformen	97
aa) Konstitutivformen	97
bb) Dokumentationspflichten des Unternehmers	98
cc) Formalisierte Aufklärung über Rücktrittsrecht	98
b) Verhandlungsformen	100
aa) Vorbereitende Vertragsurkunden	100
bb) Formalisierte Informationspflichten	100
cc) Prospektvorschriften	100
dd) Ergänzung: Formalisierung der Werbung	101
e) Résumé	101
aa) Der »Stufenbau der Formvorschriften«	101
bb) Schlußbetrachtungen	102

JOSEPH LEGERER, Innsbruck

Zweiter Diskussionsbericht

I. »Relevanter Markt« im Wettbewerbsrecht	105
II. Auslegung und Umfang von Ausweichklauseln	105
III. Interessenjurisprudenz als Lösungsmöglichkeit?	107
IV Grenzen der Anwendbarkeit von Formvorschriften als Mittel des Verbraucherschutzes	107

KURT SIEHR, Zürich

Internationales Recht der Produkthaftung

I. Problem	111
II. Quellen	112
1. Haager Übereinkommen von 1973	112
2. Nationale Kodifikationen des IPR	113
a) Spezialregelungen	113
b) Fehlende Spezialregelungen	115
3. Rechtsprechung und Literatur	116
III. Lösungen	116

1. Verletzung im Inland.	117
a) Verletzter mit gewöhnlichem Aufenthalt im Inland.	117
aa) Erwerb des Produkts im Inland.	117
bb) Erwerb des Produkts im Ausland.	119
b) Verletzter mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland.	120
aa) Erwerb des Produkts im Inland.	120
aaa) Personen mit unterschiedlichem Personalstatut	120
bbb) Personen mit gemeinsamem Personalstatut	120
bb) Erwerb des Produkts im Ausland.	121
2. Verletzung im Ausland.	121
a) Verletzter mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland.	121
aa) Erwerb des Produkts im Ausland.	121
bb) Erwerb des Produkts im Inland.	122
b) Verletzter mit gewöhnlichem Aufenthalt im Inland.	123
aa) Erwerb des Produkts im Inland.	123
bb) Erwerb des Produkts im Ausland.	123
3. Zwischenergebnis.	124
IV Allgemeine Fragen.	124
1. Erwerbsort.	124
a) Allgemeine Charakterisierung.	124
b) Bestimmung des Erwerbsorts.	124
aa) Faktische Schwierigkeiten bei der Ermittlung	124
bb) Rechtliche Schwierigkeiten bei der Ermittlung	125
2. Favor laesi.	125
3. Gemeinsames Personalstatut.	126
4. Akzessorische Anknüpfung.	127
5. Rechtswahl.	127
6. Renvoi.	127
7. Ordre public.	127
V. Allgemeine Gedanken zur gesetzlichen Fixierung des Statuts der Produktehaftung.	128
VI. Zusammenfassung in einem Regelungsvorschlag	128

GOTTFRIED SCHIEMANN, Tübingen

EG-rechtliche Haftung für Dienstleistungen

I. Europäische Dienstleistungshaftung - ein überholtes Thema?	131
II. Dienstleistungshaftung nach geltendem Europarecht	131
III. Bausteine einer allgemeinen Dienstleistungshaftung	134
1. Der Ansatz beim Verbraucherschutz	135
2. Außervertragliche Haftung	137

3. Probleme der Beweislastregelung	139
4. Verjährungs- und Ausschußfristen	140
IV. Ausblick	140

KARL KOHLEGGER, Innsbruck

Wechselseitige Einflüsse von Konsumentenschutzgesetz und IPRG

I. Einige Erinnerungen an die Entstehungsgeschichte des öKSchG	143
II. Zur Entstehung der KSchG-Komponente im öIPRG.	146
III. Theorie und praktische Erfahrungen.	149
IV. Schlußfolgerungen.	152

JOSEPH LEGERER, Innsbruck

Dritter Diskussionsbericht	155
--------------------------------------	-----

FRANZ REDERER (T) Vaduz

Verbraucherrecht im Fürstentum Liechtenstein

I. Einführung	157
II. Grundsätzliche Bemerkungen zum liechtensteinischen Recht....	158
1. Zur Struktur der liechtensteinischen Rechtsordnung, zur Rechtsfindung und -fortbildung durch die liechtensteinischen Gerichte im allgemeinen.	158
2. Zur Bedeutung der »angewandten Rechtsvergleichung« bei der richterlichen Entscheidungsfindung im besonderen.	160
III. Gesetztes Verbraucherrecht	162
1. Derzeitiger Rechtsbestand.	162
2. Verbraucherrecht und EWR-Abkommen.	167
a) Allgemeines.	167
b) Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb.	168
c) Gesetz über die Produkthaftungspflicht	171
d) Gesetz über den Konsumkredit	178
e) Gesetz über Pauschalreisen.	180
f) Gesetz über den Verbraucherschutz bei Haustürgeschäften und ähnlichen Verträgen.	182
IV. Verbraucherschutz und liechtensteinisches IPR.	183
1. Einleitende Bemerkungen.	183
2. Zur Ausgestaltung und Anwendung des liechtensteinischen Kollisionsrechtes im allgemeinen.	184

3. Konfliktfeld »Verbraucherrecht - IPR«	185
V Schlußbemerkungen	189

BERNHARD RUDISCH, Innsbruck

Grenzüberschreitender Schutz bei Verbrauchergeschäften im Gefüge von internationalem Privatrecht und internationalem Verfahrensrecht

I. Einleitung: »Verbraucherschutzrecht«	192
II. Verbraucherschutz im internationalen Rechtsverkehr?	195
1. Entstehung und Legitimation eines besonderen Verbraucherkollisions- rechts	195
2. Faktische Bedeutung solchen Verbraucherkollisionsrechts	196
3. Problemstellung	197
III. Internationale Zuständigkeit: Die Ausgestaltung der autonomen nationalen Regelungen und derjenigen des EuGVÜ	200
1. Deutschland	200
a) »Verbraucher« als Beklagter	201
b) Verbraucher als Kläger	203
c) Zusammenfassung und Wertung	204
2. Österreich	205
a) Verbraucher als Beklagter	205
b) Verbraucher als Kläger	206
c) Zusammenfassung und Wertung	207
3. Schweiz	207
a) Verbraucher als Beklagter	208
b) Verbraucher als Kläger	210
c) Zusammenfassung und Wertung	210
4. Das »Europäische« Verbraucherzuständigkeitsrecht	211
a) Verbraucher als Beklagter	212
b) Verbraucher als Kläger	212
c) Einzelfragen zum Begriff des Verbrauchervertrages im Europäi- schen Kollisionsrecht	213
aa) Einheitliche Auslegung des Begriffs »Verbrauchervertrag« in EuGVÜ/LugÜ und EVÜ	213
bb) Zum Grundsatz der autonomen Auslegung der Übereinkom- men	214
cc) Geschäftszweck	215
dd) Erfaßte Vertragstypen und Geschäftsumstände	217
ee) Rollenspezifische Charakterisierung des »Verbrauchers« nach EuGVÜ und EVÜ?	219
aaa) Relevanz der Fragestellung	219
bbb) Wortlaut	220
ccc) Übereinkommensgeschichte; Materialien	220

ddd) Systematische Interpretation	224
eee) Teleologische Auslegung	225
fff) Abgrenzungsfragen als Gegenargument?.	226
ggg) Ergebnis.	226
IV. Zusammenfassung und Ausblick.	227

JOSEPH LEGERER, Innsbruck

Vierter Diskussionsbericht	229
--------------------------------------	-----

BERNHARD LORENZ, Bregenz

**Kundenschutz durch Regulierung der Versicherungsvermittlung:
Eine ökonomisch-rechtsvergleichende Analyse aktueller
europarechtlicher Entwicklungen**

I. Binnenmarkt und Deregulierung	231
1. Marktsituation.	231
2. Herausforderungen für das Vermittlerwesen.	233
a) Versicherungsmakler.	233
b) Versicherungsagent	234
II. Verlagerung der Aufsichtssysteme.	235
1. »Inpflichtnahme« des Versicherungsmaklers.	235
2. Reflexwirkung auf die Versicherungsaufsicht	238
III. Empfehlung der Kommission vom 18. Dezember 1991 über Ver- sicherungsvermittler.	239
1. Allgemeines.	239
2. Polarisierung	240
3. Unabhängigkeit	241
4. Haftpflichtversicherung	242
IV. Provisionssystem.	244
1. Versicherungsmakler.	244
a) Fehlsteuerung	244
aa) Prämienverteuerung.	244
bb) Individuelle Interessenkollisionen.	245
cc) Marktverengung.	246
b) Korrekturansätze in der Empfehlung der Kommission.	246
c) Provisionssystem und Maklerhaftung.	247
d) Lösungsansatz: Offenlegung.	249
e) Honorarsystem und Maklerhaftung.	251
2. Versicherungsagent	252
V. Zusammenfassung.	255
Teilnehmerverzeichnis	257